

Kurzgefasst

Nicholas Stern: Planet am Abgrund

Vom 7. bis 18. Dezember findet in Kopenhagen die 15. UN-Klimakonferenz statt. Aus diesem Anlass ruft Nicholas Stern, Professor für Ökonomie an der London School of Economics und Autor des berühmten „Stern-Reports“, die internationale Gemeinschaft dazu auf, sich auf einen „Global Deal“ zu verständigen. Klimawandel und globale Armut könnten nur beide zusammen, und zwar durch entschlossenes internationales Handeln, verhindert werden.

Nach der Wahl: Wie weiter?

Wolfgang Uellenberg-van Dawen: Arbeitskampf in Krisenzeiten

Die neue Legislaturperiode wird auch über die künftige Bedeutung der Gewerkschaften entscheiden. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Bereichsleiter Politik und Planung der Verdi-Bundesverwaltung, analysiert die Folgen der Wirtschaftskrise für die Beschäftigten. Seine These: Die Gewerkschaften werden sich nur dann behaupten können, wenn sie den Arbeitskampf mit einer tiefgreifenden wirtschaftsdemokratischen und sozialökologischen Umgestaltung der Gesellschaft verbinden.

Martin Staiger: Sozialabbau und die Aufgabe der Kirchen

Trotz steigenden Wohlstands nimmt die Armut in der Bundesrepublik stetig zu. Martin Staiger, Theologe und Referent des Diakonischen Werkes, kritisiert die Privatisierung von Renten- und Krankenversicherung, den bürokratischen Dschungel und die Entwürdigung, der die Betroffenen tagtäglich ausgesetzt sind. Angesichts all dessen fordert Staiger die Kirchen dazu auf, sich wieder auf die christlichen Werte zu besinnen und gegen die herrschende Umverteilungspolitik von unten nach oben aufzubegehren.

Martin Kutscha: Die Zähmung der Big Brothers

Vorratsdatenspeicherung, Onlinedurchsuchung, Persönlichkeitsprofile – die Eingriffe in unsere Grund- und Freiheitsrechte weiten sich immer mehr aus. Dabei geht die Bedrohung längst nicht mehr nur vom Staat aus, sondern auch von der Privatwirtschaft. Martin Kutscha, Rechtsprofessor und Mitherausgeber des „Grundrechte-Reports“, konstatiert angesichts dieser Entwicklung eine wachsende Sprachlosigkeit der Bürgerrechtsbewegung und fordert statt dessen eine Politik der Zuspitzung und neuer Bündnisse.